



Marco Müller

## **Die *parallel debt* bei der Übertragung von Konsortialkreditanteilen**

Zugleich ein Beitrag zur Lehre von der  
gleichrangigen Zweckgemeinschaft

# Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis ..... XXIII

Abkürzungsverzeichnis ..... XLV

1. Kapitel Einleitung ..... 1

A. Disponibilität der Kreditbeteiligung und Risikostreuung als typische, von der Vertragsgestaltung zu berücksichtigende Gläubigerinteressen ..... 1

B. Die Parallelverpflichtung als umstrittener Lösungsweg ..... 3

I. Die vertragliche Modellierung der Parallelverpflichtung ..... 5

II. Ihre Funktion als Sicherungsvehikel ..... 5

III. Die Funktion der Parallelverpflichtung beim Handel mit Kreditbeteiligungen ..... 6

IV. Die Parallelverpflichtung im Brennpunkt dogmatischer Fragestellungen ..... 7

C. Fragestellungen des vorliegenden Texts ..... 8

I. Die Parallelverpflichtung im angloamerikanischen und im deutschen Recht ..... 8

II. Der Konsortialkredit als Anwendungsbereich ..... 9

III. Die Übertragung von Kreditforderungen ..... 9

IV. Zulässigkeit der Parallelverpflichtung und ihre dogmatische Einordnung ..... 9

D. Gang der Darstellung ..... 11

2. Kapitel Der Konsortialkredit als Anwendungsbereich der Parallelverpflichtung ..... 13

A. Das Kreditkonsortium als Kreditgeber ..... 15

I. Eigenheiten des Konsortialkredits ..... 15

1. Der Begriff des Kredits ..... 16

2. Mögliche Kreditarten beim Konsortialkredit und ihre Verwendung in der Praxis ..... 17

a)	Kontokorrentkredite .....	18
b)	Borrowing-Base-Kredite.....	19
aa)	Begriff und wirtschaftlicher Anwendungsbereich .....	19
bb)	Kreditart .....	20
cc)	Rechtsnatur des Bestimmungsrechts der periodenmäßig geltenden Kreditlinie .....	21
(1)	Keine Potestativbedingung nach § 158 Abs. 1 BGB.....	22
(2)	Wahlschuld nach § 262 BGB .....	22
(3)	Bestimmung der Leistung durch eine Partei, § 315 Abs. 1 BGB .....	23
dd)	Die Kreditlinie als Bezugspunkt des Bestimmungsrechts.....	24
ee)	Pflicht zur regelmäßigen Bestimmung der Kreditlinie.....	25
ff)	Dogmatische Einordnung nach § 315 Abs. 1 BGB.....	26
c)	Avalkredite.....	27
d)	Akkreditiv.....	28
e)	Diskontkredite .....	29
f)	Akzeptkredite.....	29
II.	Nicht syndizierte Kreditverträge und andere Finanzierungsformen .....	29
B.	Das Kreditkonsortium als Rechtsverhältnis.....	30
I.	Eingehung des Konsortiums.....	30
II.	Die Beteiligten des Konsortialkredits und deren Stellung.....	31
III.	Gestaltungformen eines Konsortialkredites .....	32
1.	Konsortialkredite mit Bareinschusspflicht.....	32
2.	Konsortialkredite ohne Bareinschusspflicht.....	34
3.	Unterscheidung zu anderen Beteiligungsstrukturen.....	35
a)	Die Unterbeteiligung.....	35
b)	Das Meta-Geschäft .....	36
c)	Die Verbriefung ( <i>securization</i> ).....	37
4.	Echter Konsortialkredit.....	38
a)	Innengesellschaft .....	39
b)	Außengesellschaft .....	39
(aa)	Die Bildung von Gesamthandsvermögen und dessen Umgehung.....	41
(bb)	Auslegung der Klauseln .....	43
5.	Unechter Konsortialkredit .....	44

3. Kapitel Die Übertragung von Kreditbeteiligungen als Regelungsbereich der Parallelverpflichtung .....	47
A. Funktionsweise und Gründe für das Konzept einer Parallelverpflichtung vor dem Hintergrund des Handels mit Kreditbeteiligungen .....	47
I. Die Übertragung von Kreditbeteiligungen als originäres Anwendungsgebiet der Parallelverpflichtung im angloamerikanischen Kontext .....	47
II. Bedeutung und Funktionsweise der Parallelverpflichtung .....	47
1. Die Funktion bei Übertragungen im angloamerikanischen Raum .....	48
a) Die Diskontinuität des Schuldverhältnisses als Problem für bestellte Sicherungsrechte .....	49
b) Konstellationen, in denen eine Regelung notwendig wird .....	49
c) Die Parallelverpflichtung als Vehikel zur Implementierung einer Treuhandlösung nach englischem Recht auf Basis des BGB .....	50
d) Die Funktionsweise der Parallelverpflichtung bei akzessorischen Sicherungsrechten .....	51
e) Bedeutung der Parallelverpflichtung nur bei gesetzlich vorgegebener Verbindung zwischen Forderung und Sicherungsrecht .....	52
2. Die Funktion als Instrument zur Vermeidung unerwünschter Effekte der Akzessorietät gesetzlich geregelter Sicherungsrechte .....	53
a) Administrative Erleichterung der Sicherheitenverwaltung .....	54
b) Nachhaltige Schaffung akzessorischer Sicherheiten vor Valutierung .....	54
aa) Abtretung einer künftigen Forderung gemäß § 488 Abs. 1 S. 2 BGB .....	55
bb) Originärer Erwerb des Kreditanteils ohne Abtretung als Regelfall .....	56
III. Umsetzung und Vorgaben .....	56
B. Der Sekundärmarkt für Konsortialkreditbeteiligungen .....	58
I. Begriff des Sekundärmarkts .....	58
II. Wirtschaftliche Gründe für die Übertragung von Konsortialkreditanteilen .....	59

III.	Die Entwicklung des Sekundärmarktes für Konsortialkreditbeteiligungen.....	60
C.	Die Übertragung von Konsortialkreditanteilen nach englischem Recht – Die <i>novation</i> als Herausforderung für die Vertragspraxis.....	62
I.	Gestaltungsformen der Übertragung von Forderungen und Vertragspositionen.....	62
II.	Das <i>assignment</i> als eigentliche Forderungsübertragung.....	63
III.	Das <i>acknowledgement</i> als alternative Übertragungsform und die Umdeutung eines unwirksamen <i>assignment</i> .....	66
IV.	Unterschiede zwischen <i>novation</i> und einer Vertragsänderung ( <i>variation</i> ).....	67
V.	Der Unterschied zwischen <i>novation</i> und <i>assignment</i> .....	68
VI.	Die <i>novation</i> als Form der gewillkürten Vertragsübernahme aus der Perspektive des deutschen Rechts?.....	70
1.	Merkmale der gewillkürten Vertragsübernahme.....	71
2.	Die <i>novation</i> als zwei Verträge im Sinne des deutschen Rechts.....	72
D.	Die <i>novation</i> als gewöhnliche Form der Übertragung von Forderungen im englischen Rechtsraum.....	74
I.	Ungeeignetheit des <i>assignment</i> zur Pflichtenübertragung in einem Dauerschuldverhältnis.....	76
II.	Unzulässigkeit der Delegation vertraglicher Pflichten durch Altkonsorten.....	77
III.	Fazit.....	77
E.	Die Übertragung von Konsortialkreditanteilen nach dem Rechts des US-Bundesstaates New York.....	78
F.	Folgen von <i>novation</i> und <i>assignment</i> für nach angloamerikanischem Recht bestellte Sicherungsrechte.....	79
I.	Die Auswirkungen eines <i>assignment</i> auf bestellte Sicherungsrechte.....	79
II.	Die Folgen einer <i>novation</i> nach US-amerikanischem Recht.....	80
III.	Folgen einer <i>novation</i> nach englischem Recht.....	80
IV.	Die Folgen einer <i>novation</i> für deutschem Recht unterliegende Sicherheiten.....	81
G.	Vertragsgestaltungen zur Vermeidung des Verlusts der Sicherheiten durch eine <i>novation</i> .....	82
I.	Rechtssysteme, die eine rechtliche Trennung zwischen Gläubiger der Schuld und Begünstigtem des Sicherungsrechts zulassen.....	82

II.	Rechtssysteme, die zumindest für bestimmte Sicherungsrechte eine Akzessorietät vorsehen.....	83
H.	Die Form der Übertragung von Konsortialanteilen und Konsortialkreditanteilen nach deutschem Recht und ihre Bedeutung für den Erhalt akzessorischer Sicherheiten .....	84
I.	Die Parallelverpflichtung als Vehikel zur wirtschaftlich sinnvollen Übertragbarkeit von Kreditbeteiligungen .....	84
II.	Die Übertragung des Konsortialanteils nach deutschem Recht.....	84
1.	Form der Übertragung des Konsortialanteils.....	84
2.	Abgrenzung zur Unterbeteiligung .....	86
3.	Die Übertragungs- und Beitrittsvereinbarung (transfer certificate) .....	87
III.	Die Übertragung des Anteils am Konsortialkredit nach deutschem Recht.....	88
1.	Die Abtretung der Zins- und Rückgewähransprüche durch den Kreditgeber.....	89
2.	Die Novation.....	91
3.	Die Vertragsübernahme .....	91
4.	Die Unterbeteiligung .....	92
5.	Die Ausgliederung oder Abspaltung nach § 123 UmwG.....	92
6.	Das Gemeinschaftsunternehmen.....	93
IV.	Der Einfluss des angloamerikanischen Rechts auf die deutschem Recht unterliegende Vertragsgestaltung.....	94
I.	Folgen von Schuldneubegründung und Abtretung für die akzessorischen Sicherheiten nach deutschem Recht .....	95
I.	Erlöschensakzessorietät zwischen gesicherter Forderung und akzessorischer Sicherheit bei einer Novation nach deutschem Recht .....	95
II.	Zwischenfazit .....	98
III.	Der Bestand akzessorischer Sicherheiten bei der Übertragung von Forderungen im Wege der Abtretung nach deutschem Recht.....	99
IV.	Der Bestand akzessorischer Sicherheiten bei der Übertragung von Schuldverhältnissen im Wege der Vertragsübernahme .....	100
4.	Kapitel Die vertragliche Gestalt der Parallelverpflichtung .....	103
A.	Der Zweck der Nutzbarmachung akzessorischer Sicherheiten .....	103
I.	Regelungsinhalt .....	103

II.	Beabsichtigte Konsequenzen .....	104
B.	Transfer angloamerikanischer Rechtswirkungen in andere Rechtsordnungen durch die Parallelverpflichtung.....	106
I.	Beurteilung der Parallelverpflichtung in der Rechtsprechung außerhalb des angloamerikanischen Rechtsraums.....	106
II.	Die Implementierung einer Sicherungstreuhand in einer anderen Rechtsordnung.....	107
C.	Gegenmodelle zur Parallelverpflichtung und deren Tauglichkeit .....	109
I.	Eine zwischengeschaltete Zweckgesellschaft als Alternativlösung .....	109
1.	Übereinstimmungen mit einer Parallelverpflichtung .....	110
2.	Vor- und Nachteile dieser Variante.....	111
II.	Die Bestellung akzessorischer Sicherheiten für künftige, noch nicht näher benannte Pfandgläubiger ( <i>future pledgee</i> -Klauseln).....	111
1.	Die vollmachtlose Vertretung des noch nicht existierenden Pfandgläubigers.....	113
2.	Keine Haftung des vollmachtlosen Vertreters gemäß § 179 Abs. 1 BGB analog .....	115
3.	Die nachträgliche Bestimmung des vollmachtlos Vertretenen .....	117
4.	Möglichkeit des Erklärungswiderrufs des Verpfänders bis zur Bestimmung des Vertretenen .....	117
5.	Der Zeitpunkt der Wirksamkeit des Vertreterhandelns .....	121
6.	Die <i>future pledgee</i> -Klausel und ein dinglicher Vertrag zugunsten Dritter .....	124
7.	Die Zulässigkeit der vorbehaltenen Bestimmung des Vertretenen durch den Vertreter bei Verfügungsgeschäften.....	126
8.	Die Vorgaben des Bestimmtheitsgrundsatzes an die <i>future pledgee</i> -Konstellation.....	127
a)	Kein Verstoß gegen den Bestimmtheitsgrundsatz in Bezug auf eine Rechtszuordnung zwischen konkreten Parteien .....	128
b)	Die Folgen der fehlenden Anwendbarkeit des § 184 Abs. 1 BGB im Hinblick auf den Bestimmtheitsgrundsatz.....	129

c)	Die Folgen der hier vertretenen Widerruflichkeit der Willenserklärung des Verpfänders für den Bestimmtheitsgrundsatz .....	130
9.	Konformität mit dem Publizitätsgrundsatz.....	131
10.	Einhaltung des Einigungsgrundsatzes .....	132
11.	Fazit zur Eignung der future pledgee-Klausel .....	133
III.	Keine Gesamtgläubigerschaft zwischen Sicherheitenverwalter und Konsorten durch die Parallelverpflichtung – Praktikabilität eines Alternativmodells.....	133
1.	Grundsätzlich keine Gesamtgläubigerschaft bei der Parallelverpflichtung.....	134
2.	Gesamtgläubigerschaft von Sicherheitenverwalter und Konsorten unzweckmäßig .....	135
IV.	Fazit zur Eignung denkbarer Ausweichlösungen zur Parallelverpflichtung.....	136
D.	Textbeispiele von Klauseln zur Begründung einer Parallelverpflichtung.....	137
I.	Ein englischsprachiges Textbeispiel.....	137
II.	Ein deutschsprachiges Textbeispiel.....	139
III.	Kennzeichnende Merkmale der Klauseln.....	139
E.	Die separate Schuld zur Übertragung von Sicherungsrechten.....	141
F.	Alternativlosigkeit gegenüber der Begründung einer Forderung zugunsten des Sicherheitenverwalters.....	142
I.	Schuldanerkenntnis zugunsten des Konsortiums wirkungslos.....	143
II.	Begründung weiterer Forderungen zugunsten des jeweiligen Konsorten ungeeignet .....	144
III.	Untaugliche Gesamtgläubigerschaft von Konsorten und Sicherheitenverwalter.....	147
G.	Das doppelstützige Treuhandverhältnis des Sicherheitenverwalters zu dem Sicherheitengeber und Konsorten .....	147
H.	Die Beschaffenheit der selbstständigen Forderung .....	148
I.	Einwände gegen die Wirksamkeit der Parallelverpflichtung.....	148
II.	Kein Verstoß gegen den Bestimmtheitsgrundsatz.....	150
1.	Bestimmbarkeit der Parallelverpflichtung als Forderung .....	150
2.	Bestimmbarkeit von Höhe und Umfang der Parallelverpflichtung.....	150
III.	Die Durchsetzbarkeit der Parallelverpflichtung.....	152
IV.	Die Fälligkeit der Parallelverpflichtung.....	153



5. Kapitel Die Parallelverpflichtung als Sicherungsinstrument.....	157
A. Regulatorischer Ansatz .....	157
I. Inhalt der Klauseln.....	157
II. Ziele der Auslegung der Konstruktion und Gang der Darstellung.....	158
B. Die Parallelverpflichtung als Sicherungsrecht .....	159
I. Die Parallelverpflichtung als zusätzliches Befriedigungsmittel.....	160
II. Abhängigkeit als Sicherungsrecht trotz gegenseitiger Angleichung .....	161
III. Die Parallelverpflichtung als abstraktes Verpflichtungsgeschäft.....	163
1. Die Parallelverpflichtung als kausales Erfüllungsversprechen nach Willer .....	163
2. Einwendungen gegen die Lösung eines kausalen Erfüllungsversprechens.....	163
a) Anderslautender Wortlaut und Dispositionsbefugnis der Parteien .....	163
b) Von der Grundkonstellation des kausalen Erfüllungsversprechens abweichende Rechtsverhältnisse zwischen den Parteien als nur bedingt taugliche Einwände .....	165
c) Korrespondierender Untergang des kausalen Erfüllungsversprechens mit der Referenzschuld bei ihrer Übertragung mittels <i>novation</i> .....	168
d) Anforderungen an die Abstraktion und entgegenstehende Einwände <i>Willers</i> .....	170
aa) Der Wille zur Begründung eines eigenständigen Verpflichtungsgrundes .....	171
bb) Einwendungsdurchgriff als Indiz eines fehlenden Abstraktionswillens? .....	172
e) Der Rechtsgrund der Parallelverpflichtung .....	174
C. Vereinbarkeit der Parallelverpflichtung mit dem sachenrechtlichen Typenzwang und dem gesetzlichen Akzessorietätsprinzip.....	177
I. Grundsätzliche Möglichkeit der Besicherung abstrakter Schuldversprechen.....	177
II. Einwand der Unvereinbarkeit mit dem Akzessorietätsprinzip gesetzlicher Sicherungsrechte .....	179
III. Einwand der unzulässigen Forderungsauswechslung .....	181
D. Zulässigkeit der Verknüpfung von Parallelverpflichtung und Referenzschuld .....	182

I.	Vertraglicher Automatismus der gegenseitigen Anpassung.....	183
II.	Umfang der Verknüpfung von Parallelverpflichtung und Referenzschuld .....	185
III.	Art der Abhängigkeit zwischen Referenzschuld und Sicherheitsträger .....	187
1.	Begriff der Akzessorietät und Verknüpfung der Parallelverpflichtung mit den Kreditverbindlichkeiten .....	188
2.	Grundsätzliche Unmöglichkeit der rechtsgeschäftlichen Schöpfung einer akzessorischen Verbindung.....	189
a)	Übertragung dieser Grundsätze auf die Parallelverpflichtung .....	190
b)	Fehlender Parteiwille zur Schaffung eines immanenten Sicherungszwecks im Übrigen .....	192
c)	Zwischenfazit .....	194
3.	Keine Abhängigkeit in der Rechtszuständigkeit .....	196
4.	Fehlende nur einseitig geltende Wirkungserstreckung.....	196
5.	Keine Akzessorietät im Fortbestand und Untergang im eigentlichen Sinne.....	198
a)	Die allenfalls partiell akzessorische Verbindung.....	199
b)	Die Zweckgemeinschaft von Forderung und akzessorischem Sicherungsrecht .....	201
c)	Der Sicherungsmechanismus der Parallelverpflichtung im Vergleich zur Zweckgemeinschaft zwischen Hauptrecht und akzessorisch verbundenem Nebenrecht.....	202
d)	Konkrete Wahrnehmung von Sicherungsfunktionen durch die Parallelverpflichtung.....	204
e)	Strukturelle Abhängigkeit eines forderungsgebundenen Sicherungsrechts .....	205
6.	Zwischenfazit .....	208
IV.	Gleichrangige Zweckgemeinschaft zwischen Referenzschuld und Parallelverpflichtung als Erklärungsmodell .....	208
1.	Das Sicherungskonzept der gleichrangigen Zweckgemeinschaft als Doppelsicherung nach Heck sowie hiergegen erhobene Einwände unter dem Blickwinkel des Akzessorietätsprinzips .....	209
2.	Die Zweckgemeinschaft als taugliches Modell auch für forderungsgebundene Sicherungen .....	212

V.	Anwendung der gleichrangigen Zweckgemeinschaft auf die partielle Forderungsgebundenheit der Parallelverpflichtung gegenüber der Referenzschuld .....	213
1.	Grundsätzliche Unbedenklichkeit einer gleichrangigen Zweckgemeinschaft jenseits des Anwendungsfeldes akzessorischer Sicherungsrechte.....	213
a)	Die Struktur der Parallelverpflichtung als abweichender Regelungsfall der gleichrangigen Zweckgemeinschaft im Gegensatz zu gesetzlichen Sicherungsrechten .....	213
b)	Die Parallelverpflichtung als Forderung in einer Doppelfunktion.....	217
c)	Die Parallelverpflichtung als Modell zweier nachgeschalteter Zweckgemeinschaften.....	217
d)	Vereinbarkeit mit gesetzlichen Leitbildern von Doppelobligationen .....	219
e)	Zwischenfazit .....	222
2.	Vergleich des gleichstufigen Modells mit der herkömmlichen Führung eines Sicherungsrechts durch ein Hauptrecht.....	224
a)	Eine gleichrangige Zweckgemeinschaft mit einer ihren eigenen Leistungsinhalt festlegenden Parallelverpflichtung als denkbarer Ansatz.....	225
b)	Die wechselseitige Wirkungserstreckung als Problem der ihren eigenen Leistungsinhalt bestimmenden Parallelverpflichtung innerhalb der Zweckgemeinschaft .....	226
c)	Die gleichrangige Zweckgemeinschaft unter der Führung eines verselbstständigten, dritten Elements .....	227
3.	Die wechselseitige Steuerung des Sollenselements der jeweiligen Forderung als vorzuschlagender Deutungsansatz für die Parallelverpflichtungskonstruktion .....	229
a)	Ausgangspunkt: Der Zweck als integraler Bestandteil der Forderung und führendes Element des forderungsgebundenen Sicherungsrechts.....	229
b)	Keine einseitige Führung durch ein Sollenselement der Kreditschuld aufgrund der Gleichrangigkeit von Referenzschuld und Parallelverpflichtung.....	231

c)	Die Parteiabrede der gegenseitigen Anrechnung als Verbindungsglied der Sollenselemente von Referenzschuld und Parallelverpflichtung .....	232
aa)	Technik der Forderungsverknüpfung bei zwei gleichrangigen Sollenselementen der beteiligten Forderungen .....	233
bb)	Partielle Zusammenführung der beiden Forderungszwecke zur Schaffung einer aus der Zweckgemeinschaft entspringenden Leistungserwartung .....	235
(1)	Überformung der Sollenselemente zur Schaffung eines gemeinsamen Leistungsinteresses.....	237
(2)	Disponibilität der Sollenselemente .....	238
cc)	Tilgungsgemeinschaft im weiteren Sinne trotz fehlender Gläubigeridentität .....	239
dd)	Die Leistungserwartung des Kreditgläubigers als maßgebender Zweck der Gemeinschaft zwischen Referenzschuld und Parallelverpflichtung.....	241
(1)	Wirkungsbereiche der Leistungserwartung des Kreditgläubigers im Sollenselement der Referenzschuld und im Treuhandverhältnis.....	241
(2)	Zusammenfassung der Rolle der Leistungserwartung des Kreditgläubigers.....	243
(3)	Das Verfahren zur wechselseitigen Anpassung der Sollenselemente.....	244
ee)	Die konkrete Schaffung der Verbindung der Sollenselemente durch Anrechnungen.....	245
ff)	Die Parallelverpflichtung im Moment der Novation der Referenzschuld .....	246
4.	Fazit.....	248
E.	Entstehungsgleichlauf zwischen Parallelverpflichtung und Referenzschuld .....	249
I.	Die Parallelverpflichtung als abstrakte, vor Entstehung der Darlehensrückzahlungsansprüche begründete Forderung nach <i>Schnauder</i> .....	250

II.	Einwendungen gegen die Lösung einer ab Vertragsabschluss entstehenden Parallelverpflichtung nach den gängigen Vereinbarungen.....	252
III.	Die Entstehungsakzessorietät nach der hM.....	254
IV.	Bestellung akzessorischer Sicherheiten zur Sicherung der Parallelverpflichtung als künftige Forderung .....	255
V.	Folgerungen nach dem Modell der nachgeschalteten Zweckgemeinschaften.....	257
1.	Freie Vereinbarkeit des Entstehungszeitpunktes der Parallelverpflichtung.....	257
2.	Vereinbarter Entstehungsgleichlauf statt Entstehungsakzessorietät .....	258
3.	Fazit.....	260
6.	Kapitel Die Folgen einer Insolvenz eines der Beteiligten.....	261
A.	Die Insolvenz des Sicherungsgebers und Schuldners der Parallelverpflichtung .....	261
I.	Grundsätzliche Rechte des Sicherheitenverwalters als Doppeltreuhänder .....	261
II.	Insolvenzfestigkeit des Konzepts der Parallelverpflichtung .....	262
1.	Die Besicherung neu geschaffener Forderungen .....	263
a)	Das Fehlen einer inkongruenten Deckung nach § 131 InsO bei Entstehungsgleichlauf .....	263
b)	Kongruente Deckung auch bei getrennten Entstehungszeitpunkten .....	265
c)	Keine Unentgeltlichkeit gemäß § 134 InsO.....	265
2.	Die Besicherung von Altforderungen .....	266
B.	Die Insolvenz des Sicherheitenverwalters .....	268
I.	Rechte des Schuldners der Parallelverpflichtung und Sicherungsgebers.....	268
II.	Rechte des Sicherungsnehmers und Kreditgebers.....	270
1.	Der eigen- und fremdnützige Sicherheitenverwalter .....	270
2.	Der uneigennützige Sicherheitenverwalter (security agent).....	271
7.	Kapitel Fazit und Thesen .....	273
A.	These: Die Vertragsbestimmungen sind nicht korrigierend auszulegen.....	273

B. These: Die Parallelverpflichtung ist ein abstraktes Schuldversprechen .....	275
C. These: Die Parallelverpflichtung gründet auf einem Konzept nachgeschalteter Zweckgemeinschaften .....	275
D. Die Parallelverpflichtung als praktikable Lösung zur Isolierung der Sicherungsrechte vor unbeabsichtigten Einwirkungen der Kreditschuld.....	277